

Der Reichskanzler über Demokra

Der Sitzungsbericht.

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Präsident Fehrenbach zunächst mit, daß durch eine Vereinbarung aller Parteien die auf der heutigen Tagesordnung stehenden kurzen Anfragen abgelehrt worden sind. Weiter ist eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen worden. Der letzte Punkt, erste und zweite Lesung der Vorlage über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebergangszeit wird zunächst behandelt und auf Antrag des Abgeordneten Dove ohne Debatte der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen. Sodann wird der Punkt 1 und 3 der Tagesordnung auf Antrag des Präsidenten zusammengefaßt. Dieser betrifft die dem Hause vorliegenden Gesetzentwürfe über die Neuordnung im Innern. In der Generaldiskussion erteilt der Präsident zunächst das Wort dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden.

Reichskanzler Prinz Max:

Seitdem ich zum ersten Male vor Ihnen über die Friedensaktion sprach, sind in Verfolgung der Aktion weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst hat Präsident Wilson auf unsere Note Anfragen an uns gerichtet, und unsere unzweideutige bejahende Antwort hat zu einer erneuten Anfrage des Präsidenten geführt. Unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden. Meine Herren, das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt. Sie werden aber verstehen, daß ich mich hierzu nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, sich in der Debatte, dem Ernst der Stunde entsprechend, möglichste Beschränkung aufzuerlegen.

Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson zur Teilnahme an der Friedensbesprechung eingeladen worden. Diese Tatsache gibt den Äußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als das eine sagen: die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen, ob Rechtsfriede oder Gewaltfriede, auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um einen Gesinnungskampf, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgefochten wird, wie er auch bei uns öffentlich ausgefochten werden mußte. Auf der einen Seite erheben die Leute ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei nahe, wo sie ihre angesammelte Leidenschaft und ihren Haß auf den Boden unserer deutschen Heimat tragen könnten. Auf der anderen Seite stehen die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes, denen klar ist, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht.

Dieser Grundgedanke ist: Ehe irgendeine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, das Zwangsmittel der Gewalt zur Durchführung des Rechtes gegen eine andere Nation anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, ob nicht auf dem Wege der freiwilligen Übereinkunft der Friede erhalten werden kann oder, auf die gegenwärtige Lage angewandt, erreicht werden kann. Dieser Kampf ist noch unentschieden. Wir kennen die seelischen Gewalten, die gegeneinander stehen. Aber wir können nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der Streit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort endgültig Gewißheit bringen. Bis dahin, meine Herren, müssen wir uns in allen unseren Gedanken und Handlungen auf beide Möglichkeiten stützen. Die erste Möglichkeit ist die, daß die feindlichen Regierungen den

Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund. Er kann gar nicht zustandekommen, wenn nicht alle Völker zur nationalen Selbstüberwindung sich durchringen. Er verlangt die Aufhebung der unbedingten Selbstständigkeit in innerpolitischen Fragen, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, und zwar von uns wie von den anderen Völkern. Es wird für unsere ganze Zukunft von Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung auch innerlich zu folgen vermögen. Verharren wir innerlich auf der Basis des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung. (Sehr richtig!) Dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das uns für Generationen lähmen wird. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist und wenn wir uns dieser Idee nicht widersprechend unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. (Beifall.) An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem sachlichen Ernst, mit aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Erbteil ist.

Ich möchte an meine Worte erinnern, die ich am 15. Februar sagte: Der bloße Daseinskampf, wenn er allein steht, läßt große Kraftquellen unerschlossen. Wir müssen das Glück und das Recht anderer Völker in unser nationales Leben aufnehmen. Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkerbundgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe dieser Gedanke Wirklichkeit werden können.

Niemand kann heute sagen, ob es rasch oder langsam damit gehen wird. Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zum weiteren Kampf aufrufen oder mag sich der Weg zum Frieden öffnen: darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges wie des Friedens nur gewachsen sein werden durch die volle Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entschiedene Abkehr von dem alten Wege bedeutet. (Lebhaftes Bravo links und in der Mitte.)

Damit bin ich dann zu den Fragen der inneren Politik gekommen, über die ich der deutschen Volksvertretung ebenfalls Rechenschaft geben will. Ich habe schon am 5. Oktober hier die allgemeinen Grundsätze dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedenke. Von diesen Grundsätzen geleitet, habe ich im Zusammenarbeiten mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschlands freiheitliche Zustände herbeiführen sollen.

Die Reform des Wahlrechts in Preußen ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien soweit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen gesichert ist. (Lebhaftes Bravo!) Dem Reichstage liegen weitere Gesetzentwürfe vor, die die neue Regierungsweise von den Verfassungsschranken befreien soll, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf wird den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit geben, in die Reichsleitung einzutreten, ohne daß sie den Sitz in diesem Hause verlieren. Das ist unerlässlich, wenn die Verbindung zwischen Parlament und der obersten Regierungsbehörde so fest bleiben soll, wie es die gemeinsame Arbeit und das notwendige gegenseitige Vertrauen erfordern. Der Entwurf schlägt ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörde Stellvertreter des Kanzlers werden, in Zukunft sollen nun auch Abgeordnete an der Leitung der Reichspolitik sich beteiligen dürfen, und namens des Reichskanzlers Rede stehen können, ohne daß sie zu